

Welt am Sonntag vom 15.10.2016, S. NRW3

Ab in die TONNE

Über Kostenexplosionen bei öffentlichen Bauprojekten empören sich alle. Niemand kann die Verschwendung beenden. Oder will es gar keiner?

S

Schick sehen die Mülltonnen aus. Mit ihrem matten Anthrazit schmücken sie Leverkusens Innenstadt. Gleich 30 Exemplare des noblen Mülltonnenmodells „Toluca“ haben die städtischen Zuständigen gekauft, um die Müllentsorgung zum ästhetischen Erlebnis zu machen. 1258 Euro pro Stück und insgesamt 54.000 Euro schienen den Leverkusenern ein fairer Preis, um die City aufzuhübschen. Zum Vergleich: In den meisten Städten kosten Mülltonnen maximal einige Hundert Euro.

VON TILL-REIMER STOLDT

Wie die Kommunen Steuer- und Gebühreneinnahmen in Millionenhöhe verschwenden, listet alljährlich der Bund der Steuerzahler (BdSt) auf. Vergangene Woche veröffentlichte der Landesverband des BdSt bereits sein 44. Schwarzbuch zum Thema. Aufgezählt wurden darin Beispiele für gewaltige Kostenexplosionen, etwa beim Umbau der Kölner Oper, dessen Kosten von 230 auf 460 Millionen Euro hochschossen; aber auch Fälle kleinformatiger Verschwendung wie die Leverkusener Mülltonnenaffäre. Und wie jedes Jahr, so schwoll die öffentliche Empörung auch vergangene Woche an. Um sich bald drauf wieder anderen Themen zuzuwenden. An den Missständen änderte

das, wie stets, nichts.

Woran liegt das? Wieso bleibt die fast ritualhafte Empörung regelmäßig so folgenlos? Hat das Land keine Handhabe, um die Verschwendung insbesondere bei kommunalen Bauprojekten einzuschränken? Doch, wenn es wollte, könnte das Land sehr wohl etwas unternehmen, meint eine erstaunlich bunte Koalition von den Grünen über Teile der FDP bis zur AfD und vom Steuerzahlerbund über die Antikorruptionsorganisation Transparency International bis zur Initiative Mehr Demokratie, die sich für die Stärkung direkter Demokratie engagiert. Sie alle werben für die Einführung eines Transparenzgesetzes.

Dadurch könnten zentrale Ursachen ausufernder Baukosten beseitigt werden, so meint diese Koalition der Transparenzfreunde. Wobei ihnen vor allem eine Ursache vorschwebt: „Unternehmer und Politik“ besäßen „oft ein vitales Interesse, vor Beginn eines Bauprojekts zu niedrige Kosten zu versprechen“, so formuliert es Eberhard Kanski vom BdSt. Auch der frühere Bundesbauminister Peter Ramsauer (CSU) klagte schon, öffentliche Hand und Bauunternehmen würden die Kosten anfangs leichtfertig herunterrechnen. Die Politik brauche den niedrigen Preis, um Zustimmung für das Vorhaben zu gewinnen – und das Unternehmen müsse ein bestechend billiges Angebot vorlegen, um den Auftrag zu erhalten.

Hinzu kommt, dass sogar handfeste Anreize gesetzt werden, um Baukosten in die Höhe zu treiben, wie CDU-Kommunalexperte André Kuper beobachtet.

Damit zielt Kuper auf die sonderbare Regelung, dass mit dem Bau beauftragte Ingenieurbüros ein Honorar beziehen, dessen Höhe mit der Höhe der Baukosten steigt. „Je höher die Kosten, desto höher die Honorare“, fasst Kuper zu-

sammen. Hier profitierten also „alle Beteiligten von steigenden Kosten – mit Ausnahme der öffentlichen Hand“.

Eine grundsätzliche Lösung dieser verfahrenen Situation versprechen sich Steuerzahlerbund, Grüne und Co. von einem Transparenzgesetz. Das würde alle Behörden verpflichten, sämtliche Verträge, Gutachten, Statistiken und sonstigen Dokumente vollständig einsehbar ins Internet zu stellen. Käme es so, könnten Fachleute, Oppositionelle, Journalisten, NGOs und ausgebootete Mitbewerber noch vor Beginn des Baus überprüfen, ob die zugrunde liegende Kostenkalkulation seriös ist oder nicht und ob ernsthafte Kostenvergleiche durchgeführt wurden. Zahlreiche Fälle von Verschwendung ließen sich laut den Transparenzfreunden so verhindern.

Wobei skeptische Fachleute wie Kuper schon vor Jahren einschränkten, ein solches Gesetz könne niemals alle Fälle von Kostenexplosion unterbinden. Schließlich kann der Schaden bei sanierungsbedürftigen Denkmälern oder Brücken zunächst nur von außen geschätzt werden. Das belegte auch die mittlerweile bundesweit prominente Brücke auf der A1 bei Leverkusen, deren Reparaturbedürftigkeit anfangs unterschätzt wurde. In so manchem Fall würden „die zu behebbenden Schäden erst im Verlauf der Baumaßnahme sichtbar“, so Kuper. Und dann seien „Kostensteigerungen unvermeidbar“.

Aber das spricht noch nicht gegen ein Transparenzgesetz, sondern nur gegen überzogene Erwartungen daran. Der Haupteinwand der Lokalpolitiker in den 396 NRW-Kommunen ist denn auch ein anderer. Sie werden vor allem von der Sorge getrieben, dass die Zwangstransparenz den politischen Gestaltungsraum der Kommunen massiv einschränken würde. Deshalb haben die Kommu-